



FOTO: SEBASTIAN BARTHMES

Die Politiker Felix Schreiner und Rita Schwarzelühr-Sutter (Zweiter und Dritte von links) sowie Bürgermeister Adrian Probst (rechts) sprechen mit der ukrainischen Lehrerin Irina Kobzar, Lehrerin Nicole Philipp und Schulleiterin Susanne Schwer (von rechts).

Pragmatische Lösungen sind gefragt

Die Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter und Felix Schreiner informieren sich über die Situation der Fürstabt-Gerbert-Schule

Von Sebastian Barthmes

ST. BLASIEN. Die Hilfsbereitschaft ist immer noch groß, die Kräfte gehen aber zu Ende. Denn genügen können die Lehrerinnen und Lehrer derzeit weder den eigenen noch sonstigen Ansprüchen. Die Situation an der Fürstabt-Gerbert-Schule (FGS) ist besonders schwierig – und längst bekannt. Jetzt haben die Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter und Felix Schreiner die Schule besucht, um durch einen Blick in die Praxis zu verstehen, wie unhaltbar der Zustand ist.

„Es tut gut, gehört zu werden“, sagen Schulleiterin Susanne Schwer und ihre Kolleginnen und Kollegen im Gespräch mit der Politikerin und dem Politiker. Deutlich beschrieben Schulleiterin Susanne Schwer, Konrektor Ludger Pornschlegel und ihre Kolleginnen und Kollegen die Situation, die täglich bestätigte Gewissheit, den eigenen Ansprüchen als Lehrende und denen der einheimischen und neuzugezogenen Kinder nicht genügen zu können.

Derzeit besuchen 61 Kinder aus der Ukraine, seit Anfang der Woche sechs Mädchen (Iran, Türkei, Mazedonien), die in der wiedereröffneten Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises leben, und etliche weitere Schülerinnen und Schüler aus EU- und Nicht-EU-Ländern, mit keinen oder nur geringen Deutschkenntnissen, die städtische Schule.

34 der Flüchtlingskinder werden in der Grundschule betreut, die anderen in der Werkreal- und Realschule der FGS. In seiner Klasse (20 Schülerinnen und Schüler) seien zum Beispiel 13 Nationalitäten vertreten, sagte Lehrer Michael Konnes. Fünf der Jugendlichen könne noch kein Deutsch.

Insgesamt besuchen rund 700 Schülerinnen und Schüler die Grundschule, Werkrealschule und Realschule an der Fürstabt-Gerbert-Schule.

Schwangerschaften, Ausfälle durch Krankheiten und zu knapp bemessene Deputate bilden ohnehin das Alltagsgeschäft, das Schulleitung und Kollegium zu bewältigen haben.

Die Situation in St. Blasien entspreche nicht der allgemeinen Situation in Baden-Württemberg, sagte Schwarzelühr-Sutter.

Wie komme es also zu der besonderen Situation in der Dom-Stadt. Gleich zu Beginn des Ukraine-Krieges gab es viele private Initiativen, über die Menschen auch in die Region gekommen sind und hier eine Unterkunft fanden. Eine besonders große private Unterkunft befindet sich in einer ehemaligen Klinik in Menzenschwand, erläuterte Bürgermeister Adrian Probst. Die große private und notwendige Hilfsbereitschaft überfordere aber die vorhandene Infrastruktur – und besonders stark treffe das die Schule.

Die Schulversorgung sei Aufgabe der Länder, betonten beide Bundespolitiker. Und gerade jetzt sei die normale bürokratische Vorgehensweise, eine Lösung herbeizuführen, nicht mehr brauchbar, betonte Schwarzelühr-Sutter, jetzt müsse man pragmatisch vorgehen.

St. Blasien sei durch die vielen in der Stadt und der Region untergekommenen Flüchtlinge aus der Ukraine zum Epizentrum geworden, eine Lösung müsse dringend herbeigeführt werden, betonte Schreiner.

Beide wollen sich dafür einsetzen, dass unter den registrierten Menschen aus der Ukraine gefunden werden, die in den

Schulen entlastend eingesetzt werden könnten. Und solche Menschen könnten tatsächlich helfen, wie Susanne Schwer berichtete: Seit einiger Zeit arbeitet Irina Kobzar, die in der Ukraine auch einmal zur Lehrerin des Jahres gewählt wurde, an der Fürstabt-Gerbert-Schule.

Sie sei ständig im ganzen Haus unterwegs, um irgendwo zu unterstützen, sagte Nicole Philipp. Allerdings müssten auch die Regeln gelockert werden, damit Menschen mit entsprechender Qualifikation jedoch ohne die geforderten Deutschkenntnisse eingesetzt werden können.

Das grundsätzliche Problem – aufgrund des Personalmangels ist Deutschunterricht nicht annähernd in ausreichendem Maße möglich – kann mit ihrer Hilfe aber nicht gelöst werden. Um konkrete Unterstützung wird es bei einem Gespräch zwischen der Schule, den Bürgermeistern der Region und dem Schulamt in der kommenden Woche gehen.

Dann soll ausgelotet werden, ob Schulen in Nachbarkommunen, so wie es schon das Kolleg getan hat, möglicherweise einige Schülerinnen und Schüler aufnehmen kann.